

Interview mit Dr. Monika Schröttle

Appell des SoVD NRW

Gewalt an behinderten Frauen

Frauen mit Behinderung sind ungenügend vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt geschützt. Auch sind sie vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Studie der Universität Bielefeld. Ein Forscherteam um Sozialwissenschaftlerin Dr. Monika Schröttle vom Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung befragte rund 1500 Frauen und Mädchen mit Behinderung – in Haushalten sowie Einrichtungen.

Sind Frauen mit Behinderung häufiger Opfer von Gewalt als Frauen ohne Behinderung?

Ja. Frauen mit Behinderungen erleben ein deutlich höheres Ausmaß an psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. So waren sie mit 58 bis 73 Prozent fast doppelt so häufig von körperlicher Gewalt betroffen als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt (35 Prozent). Und sie hatten zweibis dreimal häufiger sexuelle Gewalt erlebt. Mehr als jede zweite bis dritte Frau war von sexueller Gewalt betroffen.



Foto: Franz Pfluegl/fotolia

Wer sind die Täter?

Die Täterinnen und Täter kommen meist aus dem sozialen Umfeld – wie Familienangehörige und Partner. In den Einrichtungen sind es Mitbewohner in Wohnheimen und Kollegen in Werkstätten, seltener auch das Personal. Außerdem spielen nicht oder flüchtig bekannte Personen außerhalb der Einrichtungen eine Rolle.

Welche Erkenntnisse haben Sie noch über die Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderung gewonnen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Beeinträchtigung und Gewalt?

Wir haben festgestellt, dass es einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen Gewalt und Behinderung gibt. Behinderte Frauen haben nicht nur ein höheres Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, sondern auch ihre Gewalterfahrungen tragen zu gesundheitlichen und psychischen Beeinträchtigungen bei. Je mehr die Frauen auf Unterstützung angewiesen oder da-

Frauen und Mädchen mit Behinderung erleben Diskriminierung, Bevormundung, Belästigung und Gewalt viel häufiger als nicht behinderte Frauen – und zwar oft in ihrem direkten Umfeld.

von abhängig sind, desto höher ist das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Die befragten Frauen haben außerdem fast alle diskriminierende Handlungen durch Personen und Institutionen erlebt. Blinde, gehörlose und schwerstkörper- und mehrfach behinderte Frauen waren hiervon besonders oft betroffen. Sie erlebten konkrete Benachteiligungen und Diskriminierungen. Sie berichteten, nicht ernst genommen, belästigt und bevormundet worden zu sein. Sie wurden angestarrt, ungefragt angefasst oder geduzt.

Inwieweit unterscheidet sich die Situation von Frauen, die in Einrichtungen leben, von denen, die in einem eigenen Haushalt leben?

Das Leben von Frauen in Einrichtungen ist weitaus stärker von Teilhabebeeinträchtigung und sozialer Ausgrenzung geprägt als das von Frauen, die in Haushalten leben. So berichteten viele Frauen in Heimen davon, dass ihre Intimsphäre nicht geschützt ist. Sie haben zum Teil keine eigenen Zimmer. Oft sind Wasch- und Toilettenräume nicht verschließbar. Das schafft Gelegenheiten, die die Übergriffe möglich machen.

Wie können die Betroffenen besser vor Übergriffen geschützt werden?

Wir brauchen niedrigschwellige und barrierefreie Schutz- und Unterstützungsangebote für die betroffenen Frauen. Die Ärzteschaft kann bei der Vermittlung von Informationen und Unterstützung eine wichtige Rolle spielen. Außerdem muss ein konsequenter Schutz in Einrichtungen gewährleistet werden, zum Beispiel durch externe und interne Beschwerde- und Unterstützungsstrukturen. Gewaltprävention muss zudem mit einem konsequenten Abbau von Diskriminierung und struktureller Gewalt einhergehen.

Was raten Sie den Frauen und Mädchen?

Wichtig ist, dass die Frauen erkennen, dass sie ein Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit haben. Vielfach fehlen ihnen das Selbstvertrauen und das Selbstbewusstsein, diese Rechte einzufordern. Insofern ist eine Stärkung der Frauen erforderlich. Die sollte durch Lobbyarbeit und durch konkrete Maßnahmen, die das Selbstbewusstsein und die Selbstbestimmung stärken, erfolgen. Es geht hier schließlich um die Umsetzung von Rechten, die in der UN-Menschenrechtskonvention festgeschrieben sind.

Interview: Michaela Gehms

Für eine gewaltfreie Pflege

Anlässlich einer Fachtagung des Landesgesundheitsministeriums zur Gewalt in der Pflege appellierte die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram an die pflegepolitischen Akteure, sich für eine bessere Personalausstattung in Heimen einzusetzen.

Auch die häusliche Pflege sollte gestärkt werden, indem man pflegende Angehörige entlastet. Hierfür bedürfe die Pflegeversicherung einer Erweiterung. Gerda Bertram sagte: „Wer Gewalt in der Pflege verhindern will, muss auch für angemessene Arbeitsbedingungen der haupt- und ehrenamtlich Pflegenden sorgen.“ Chronische Zeitnot, Überlastung und Überforderung ließen wenig Spielraum, um mit Situationen, in denen es zu Gewalt kommen kann, deeskalierend umzugehen. Daher müssten die Rahmenbedingungen für die stationäre und ambulante Pflege verbessert werden. Die Entlastung der Pflegenden sei eine wichtige Voraussetzung zum Schutz vor Gewalt.



Gerda Bertram

Bertram wies auf die verschiedenen Facetten von Gewalt hin: „Es ist Gewalt, wenn Pflegebedürftige künstlich ernährt werden, Windeln tragen und beruhigende Medikamente nehmen müssen, allein weil den Pflegekräften die Zeit für die bedarfsgerechte Betreuung beim Essen, Toilettengang und in der Nacht fehlt.“ Gewalt sei auch, wenn Demenzerkrankte eingeschlossen werden müssten, weil pflegenden Angehörigen sonst der Zusammenbruch drohe.

Zwei Drittel der rund 509 000 anerkannten Pflegebedürftigen in NRW werden von Familienmitgliedern zu Hause gepflegt. Zwei Drittel davon pflegen ohne professionelle Unterstützung und Entlastung; bei Demenzerkrankten oft bis zu 60 Wochenstunden. Sie müssen nach Meinung des SoVD durch ein bedarfsgerechtes Angebot ambulanter und teilstationärer Pflege entlastet werden; die Kosten muss die Pflegeversicherung abdecken. Auch in den Heimen ist die Personalausstattung für die Anforderungen einer hochwertigen und gewaltfreien Pflege oft zu niedrig.

Armutsbericht veröffentlicht

Ruhrgebiet: Armut steigt

In seinem Armutsbericht für 2005–2010 warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband vor der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm: Besonders im Ruhrgebiet sei die Armut erheblich gestiegen. Gefordert wird eine Kehrtwende in der Armutspolitik.

Rund 12 Millionen Menschen in Deutschland sind laut der Studie armutsgefährdet: 14,5 Prozent der Bevölkerung. Selbst in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum (2006, 2007 oder 2010) sei die Armut nicht gesunken, sondern habe sich auf einem hohen Niveau verhärtet. Auch NRW habe einen deutlichen Negativtrend – mit einer auf 15,4 Prozent gestiegenen Gefährdungsquote. Damit belegt das bevölkerungsreichste Bundesland Platz 9. Besonders besorgniserregend sei die Entwicklung im „Ruhrpott“: In Dortmund oder Gelsenkirchen etwa ist jeder Vierte bis Fünfte von Armut bedroht.

Gefordert werden daher glaubhafte armutspolitische Reformen. Hohe Vermögen und Einkommen müssten in die soziale Verantwortung genommen, stärker besteuert werden. Das fordert wie der SoVD NRW auch der Paritätische Wohlfahrtsverband. „Es wird Zeit, nicht nur die Armut, sondern auch den Reichtum in Deutschland zu enttabuisieren“, so Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Es müssten die Hartz-IV-Regelsätze erhöht, öffentlich geförderte Beschäftigung ausgebaut, Bildungschancen gesichert und der Altersarmut vorgebeugt werden. Zur Finanzierung dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken.



Dr. Monika Schröttle